

Zensierter Artikel von Lawrow – „Politico“ weigerte sich, ihn zu veröffentlichen

Der russische Außenminister hat seine Ansichten zur NATO-Erweiterung und zur Militarisierung der EU, auch im nuklearen Bereich, sowie zur damit verbundenen Bedrohung der globalen Sicherheit dargelegt.

18. Juni 2026

Die in Brüssel ansässige, Establishment-freundliche Publikation *Politico Europe*, die sich im Besitz der deutschen Axel Springer SE befindet, hat sich geweigert, einen Exklusivartikel des russischen Außenministers Sergej Lawrow zu veröffentlichen.

Lawrows Artikel sollte ursprünglich in der in Brüssel ansässigen *Politico Europe* erscheinen, doch aufgrund einer „in letzter Minute getroffenen Entscheidung der Redaktion“ wurde die Veröffentlichung abgesagt, [teilte](#) das russische Außenministerium am Freitag mit.

In dem Artikel erläuterte Russlands äußerst erfahrener Spitzen-Diplomat Moskaus Sichtweise auf den Ukraine-Konflikt, die Rolle Europas bei der Eskalation der Krise sowie die weiterreichenden Auswirkungen auf die globale Sicherheit. Lawrow warf den europäischen Staats- und Regierungschefs vor, die Diplomatie als Deckmantel für die Erweiterung der NATO und der EU zu nutzen, und argumentierte, der Westen habe versucht, die Ukraine zu einem antirussischen Stützpunkt zu machen. Er warnte zudem, dass die zunehmende Militarisierung der EU, einschließlich der Diskussionen über nukleare Abschreckung und „strategische Autonomie“, das Risiko einer direkten Konfrontation zwischen der NATO und Russland erhöhen könnte.

Nachfolgend finden Sie den vollständigen Text von Lawrows Artikel, wie er auf der Website des russischen Außenministeriums veröffentlicht wurde:

Überlegungen zur Lösung der Ukraine-Krise, zu Europa und zur globalen Sicherheit

Bei einem Treffen in London am 7. Juni 2026 legten die Regierungschefs Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands sowie Wolodymyr Selensky fünf Vorbedingungen für Russland fest, um einen „gerechten und dauerhaften Frieden“ in der Ukraine zu sichern. „United Europe“ präsentiert diese Liste von Forderungen nun als Grundlage für den Dialog mit Moskau.

Hintergrund

Mehr als zwei Jahrzehnte der Verhandlungen mit Europa als Teil des kollektiven Westens lassen nur einen Schluss zu: Der Dialog mit Russland diene als diplomatischer Vorwand für die geopolitische Expansion westlicher Institutionen, vor allem der NATO und der EU, nach Osten bis an die Grenzen Russlands.

Europas Mitschuld an der Verschärfung der Ukraine-Krise ist unbestreitbar. Gemeinsam mit den USA haben die europäischen Länder 2004 die Orangene Revolution in Kiew inszeniert. Um einen

anti-russischen Brückenkopf in der Ukraine zu schaffen, haben sie jahrelang Politiker und ganze Parteien gekauft, die Geschichtsschreibung und die Lehrpläne umgeschrieben, den ukrainischen Nationalismus gepflegt und gefördert und keine Mühen gescheut, um die Ukraine von Russland wegzuziehen.

Im Jahr 2013 lehnte die EU unseren Vorschlag für einen Kompromiss zum Assoziierungsabkommen rundweg ab – ein Abkommen, auf dessen Unterzeichnung Brüssel Viktor Janukowitsch seit langem gedrängt hatte. Es sei daran erinnert, dass der Ukraine eine einseitige Marktöffnung ohne gegenseitige Verpflichtungen angeboten wurde – Bedingungen, die sich als unvereinbar mit der fortgesetzten Mitgliedschaft Kiews in der Freihandelszone der GUS erwiesen hätten. Als Viktor Janukowitsch um einen Aufschub bat, schürten die Europäer Straßenunruhen, die im Februar 2014 in Kiew rasch zu einem Staatsstreich eskalierten.

Deutschland, Frankreich und Polen erwiesen sich daraufhin als ebenso hinterhältig. Nachdem sie garantiert hatten, dass das zwischen der Opposition und Viktor Janukowitsch erzielte Abkommen eingehalten würde, wuschen sie ihre Hände in Unschuld, sobald eben diese Opposition, ihr eigenes Werk, die Macht übernahm. „Demokratie“, zuckten sie mit den Schultern, „nimmt unerwartete Wendungen.“

Europa unterstützte daraufhin die neuen Machthaber. Als am 2. Mai 2014 in Odessa Dutzende unschuldiger Befürworter engerer Beziehungen zu Russland bei lebendigem Leib verbrannt wurden, gab es aus den europäischen Hauptstädten kein einziges Wort der Verurteilung.

Als Mitgaranten der Minsker Vereinbarungen von 2015 haben Frankreich und Deutschland das ukrainische Regime faktisch dazu ermutigt, seine eigenen Verpflichtungen zu sabotieren. Wie Angela Merkel und François Hollande später einräumten – nachdem die militärische Sonderoperation bereits begonnen hatte –, war die Umsetzung der vom UN-Sicherheitsrat einstimmig verabschiedeten Minsker Vereinbarungen durch Kiew nie ernsthaft beabsichtigt. Das Ziel, so gaben sie zu, bestand lediglich darin, Zeit zu gewinnen: die Streitkräfte der Ukraine zu stärken und sie mit westlichen Waffen zu überschütten.

Russland seinerseits lotete alle diplomatischen Wege aus, um die Sicherheitskrise in Europa zu entschärfen. Im Januar 2022 lehnten die USA [unter Biden] und die NATO jedoch Russlands Vorschlag für rechtlich bindende gegenseitige Sicherheitsgarantien ab. Die europäischen NATO-Mitglieder unterstützten diese Ablehnung aktiv.

Nach dem Beginn der militärischen Sonderoperation stellte sich das vereinte Europa hinter die Bemühungen des britischen Premierministers, die Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine in Istanbul zu sabotieren. Boris Johnsons Appell an Kiew – „Unterschreibt nichts, kämpft einfach weiter“ – machte einer echten Diplomatie auf absehbare Zeit einen Strich durch die Rechnung.

Aktuelle Situation

Was hat die europäischen Staats- und Regierungschefs jetzt dazu veranlasst, ihre Rhetorik plötzlich zu ändern und von Verhandlungen zu sprechen, und was wollen sie mit diesen Äußerungen erreichen? So hat beispielsweise die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas erklärt, dass der Zweck jedes Dialogs mit Russland darin bestehe, ihm Europas Bedingungen zu diktieren. Dazu gehören

- die Zahlung von „Reparationen“ an die Ukraine,
- der Abzug der Truppen aus Transnistrien und dem Südkaukasus,
- die Abschaffung des „Auslandsagenten“-Gesetzes sowie
- die Akzeptanz strenger Obergrenzen für die Größe der Streitkräfte der Russischen Föderation.

Ihrer Sichtweise nach „kann es keinen gerechten und dauerhaften Frieden geben, ohne dass Russland zur Rechenschaft gezogen wird“. Während der Sitzung des UN-Sicherheitsrats am 19. Mai 2026 brachte es ein EU-Vertreter unmissverständlich auf den Punkt: „Die militärische Unterstützung der Ukraine steht nicht im Widerspruch zum Streben nach Frieden, sondern dient vielmehr als grundlegende Voraussetzung für jegliche glaubwürdigen Verhandlungen in gutem Glauben.“

Europas Plan sieht vor, mit Russland zu verhandeln und gleichzeitig eine über den Europarat koordinierte Kampagne rechtlicher Maßnahmen voranzutreiben. Innerhalb dieser einst angesehenen Organisation wird eine ganze Infrastruktur aufgebaut, die ausdrücklich darauf abzielt, „Russland zur Rechenschaft zu ziehen“: ein Schadensregister, eine Entschädigungskommission und ein Sondergericht.

Die EU hat zudem grünes Licht für die Aufbringung von Handelsschiffen auf hoher See gegeben. In der Ostsee und im Atlantik kam es bereits zu mehreren Vorfällen. Gleichzeitig verschließt der Westen geflissentlich die Augen vor den terroristischen Sabotageakten, die von den Streitkräften der Ukraine im Schwarzen Meer und im Mittelmeer verübt werden.

Das eigentliche Ziel der europäischen Regierungschefs besteht also nicht darin, mit Russland zu verhandeln. Es geht vielmehr darum, das Selensky-Regime zu stützen und es als Ausgangspunkt für eine fortgesetzte Konfrontation mit Russland zu erhalten. Vor diesem Hintergrund bemühen sich die europäischen Regierungschefs, so schnell wie möglich einen Waffenstillstand zu erreichen, und zwar aus einem einzigen Grund: um den Zusammenbruch der ukrainischen Streitkräfte auf dem Schlachtfeld zu verhindern. Der Plan sieht vor, den Konflikt „einzufrieren“, ohne seine Ursachen anzugehen, und anschließend rasch militärische Kontingente der anglo-französischen „Koalition der Willigen“ auf ukrainischem Boden zu stationieren.

Es ist allgemein bekannt, dass die europäischen Eliten ihr „politisches Kapital“ in die Konfrontation mit Russland investiert haben, indem sie Hunderte von Milliarden Dollar in die Stützung des Kiewer Regimes und die Aufstockung der Militärhaushalte der EU-Mitgliedstaaten und der NATO gesteckt haben. Europa strebt nun an, bis 2030 „Verteidigungsbereitschaft“ gegenüber Russland zu erreichen. Bis dahin wollen sie mit allen verfügbaren Mitteln Zeit gewinnen. In einer auffallend offenen Äußerung im April dieses Jahres brachte es der belgische Generalstabschef unverblümt auf den Punkt: „Wir haben noch ein paar Jahre Zeit. Dank des Mutes und des Blutes der Ukrainer, die uns diese Zeit verschaffen.“

Das vereinte Europa träumt weiterhin von Expansion. Es beabsichtigt, die Ukraine und Moldawien zu integrieren und gleichzeitig Armenien in seinen Einflussbereich zu ziehen. Die NATO hat sich bereits nach Osten ausgeweitet und Finnland und Schweden aufgenommen. Was die Ukraine betrifft, so wird sie zunehmend als „schlagkräftige Faust“ einer zukünftigen europäischen Streitmacht angesehen, unabhängig von den USA und unabhängig von der NATO.

Risiken für die globale Sicherheit

Diese Situation stellt eine ernsthafte Bedrohung für die globale Sicherheit dar. Eine direkte Konfrontation zwischen der NATO und Russland könnte rasch zu einem Austausch von Nuklearschlägen mit katastrophalen Folgen eskalieren.

Unter dem Deckmantel der „strategischen Autonomie“ erlebt Europa derzeit einen erheblichen Ausbau seiner militärischen Kapazitäten, auch im nuklearen Bereich. Die Absicht von Paris, seinen „nuklearen Schutzschirm“ auf mehrere EU- und NATO-Mitgliedstaaten auszuweiten, gibt Anlass zu großer Sorge. Dies wird weder zur Stärkung der Sicherheit Frankreichs selbst noch der Empfänger seines sogenannten Schutzes beitragen.

Trotz alledem schreibt das politische und militärische Establishment Europas Russland weiterhin aggressive Pläne zu – Pläne, die ihrer Behauptung nach weit über die Ukraine hinausreichen. Der russische Präsident hat mehrfach erklärt, dass all dies Unsinn, Provokation und Desinformation sei, die einzig und allein darauf abzielen, Haushaltsmittel für den Kampf gegen Russland zu erschließen. Das ist kaum das richtige Klima für einen substantziellen Dialog.

Russlands Position

Was die Verhandlungen angeht, so bekräftigte Wladimir Putin auf dem Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg, dass Russland Kontakten mit keiner Partei ablehnend gegenüberstehe. Wir betrachten Europa jedoch als eine Partei, die auf die Niederlage Russlands aus ist – eine Haltung, zu der sich die Europäer selbst offen bekennen. Ein Dialog mit Europa kann daher nicht so geführt werden, als wäre es ein unparteiischer Beobachter.

Russland würde es vorziehen, die Ziele der militärischen Sonderoperation auf diplomatischem Wege zu erreichen.

Dies erfordert eine verlässliche Gewährleistung der Sicherheit entlang der westlichen Grenzen Russlands sowie die Achtung und Würde unserer Bürger und Landsleute, einschließlich des Rechts, ihre Muttersprache Russisch zu sprechen und den orthodoxen christlichen Glauben auszuüben. Eine weitere militärische, politische und wirtschaftliche Expansion des Westens ist inakzeptabel: Sie widerspricht den Erfordernissen einer multipolaren Welt.

Die europäischen Staats- und Regierungschefs sollten erkennen, dass das Modell der regionalen Sicherheit, das in Europa über Jahrzehnte hinweg – seit der Verabschiedung der Schlussakte von Helsinki im Jahr 1975 – aufgebaut wurde, durch ihr eigenes Handeln zerstört wurde. Und es wird niemals wiederhergestellt werden können. Wir müssen nun darauf hinarbeiten, eine kontinentweite Sicherheitsarchitektur zu schaffen, die allen eurasischen Ländern offensteht und die heutige multipolare Realität widerspiegelt.

Das von den Euro-Atlantikern mit Füßen getretene Prinzip der gleichberechtigten und unteilbaren Sicherheit kann in einer neuen eurasischen Architektur verankert werden. Wenn die Zeit reif ist, wird auch Europa in der Lage sein, sich dieser großen Anstrengung anzuschließen.

Entscheidend ist, dass ein sinnvoller Dialog die Wiederherstellung des Vertrauens erfordert, das durch die anti-russischen Maßnahmen des Westens – und Europas als Teil davon – in der Zeit nach dem Kalten Krieg erschüttert wurde. Vertrauen kann nur durch konkrete Schritte wiederhergestellt

werden, die ein aufrichtiges Bekenntnis dazu zeigen, Diplomatie nicht länger als Deckmantel für expansionistische Ambitionen zu nutzen. Durch Ultimaten wie dasjenige, das Russland am 7. Juni 2026 in London gestellt wurde, lässt sich weder Vertrauen wiederherstellen noch der Dialog wieder aufnehmen.

P.S.: Es ist bemerkenswert, dass das Londoner Ultimatum von den Botschaftern Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands bei dem Treffen im russischen Außenministerium am 11. Juni 2026 – einem Treffen, das sie so eindringlich gefordert hatten – unmissverständlich bekräftigt wurde. Das war der einzige Zweck ihres Besuchs im Ministerium.